STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 5 / Fachbereich 5 - Kinder, Jugend und Schule

Sitzungsvorlage

Datum: 30.11.2017

Drucksache Nr.: 17/0381/1

Beratungsfolge

Rat

Sitzungstermin

06.12.2017

Behandlung

öffentlich / Entscheidung

Betreff

Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für den Verein zur Förderung der städtischen Jugendeinrichtungen in Sankt Augustin zur Überbrückung der personellen Vakanz der Stelle 3.05.20.13 – Erzieher/in –

Beschlussvorschlag:

Ergänzend zum Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 17/0381 fasst der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

Vorbehaltlich des Abschlusses der Vereinbarung zwischen der Stadt Sankt Augustin und dem Verein zur Förderung der städtischen Jugendeinrichtungen in Sankt Augustin e.V. zur Überbrückung der personellen Vakanz der Stelle 3.05.20.13 – Erzieherin – wird bei dem Produkt 06-02-02 (Offene Kinder- und Jugendarbeit) – für 2018 ein außerplanmäßiger Aufwand in Höhe von 24.060 € gem. § 83 GO NRW bereitgestellt. Der außerplanmäßige Aufwand entsteht auf dem Sachkonto 523204 – Erstattungen an örtliche Jugendhilfeträger.

Produkt	Sachkonto	Außerplanmäßiger Aufwand 2018
Offene Kinder- und Jugendarbeit Kostenstelle 50020	523204 Erstattung an örtliche Jugendhilfeträger	24.060 €

Die Mehraufwendungen sind gedeckt durch Minderaufwand bei folgendem Produkt und Sachkonten:

Produkt	Sachkonto	Außerplanmäßiger Aufwand 2018
Offene Kinder- und Jugendarbeit Kostenstelle 50020	501210 Personalaufwand für tariflich Beschäftigte	18.730 €
	502200 Beiträge zu Versorgungskassen	1.550 €
	503210 Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	3.780 €

Sachverhalt / Begründung:

Zum 01.12.2017 wird die Stelle mit der Stellenplan-Nummer 3.05.20.12 – Erzieher/in (Zusatz: auf dem Abenteuer-Spielplatz) vakant, da die jetzige Stelleninhaberin nach einem internen Stellenausschreibungsverfahren zum 01.12.2017 auf die Stelle 3.05.20.13 (Zusatz: Leitung Abenteuer-Spielplatz) umgesetzt worden ist.

Die Verwaltung hat unverzüglich nach Vorlage der Organisationsverfügung vom 31.08.2017 die Stellenausschreibung vorbereitet und dem Verein zur Abstimmung vorgelegt. Im Folgenden entstand hierzu Erörterungsbedarf, insbesondere, ob die Stelle als Ganztagsstelle oder in Form von zwei Halbtagsstellen ausgeschrieben wird und zum personalrechtlichen Verfahren der Stellenbesetzung.

Unter Berücksichtigung der Neuwahlen des Vorstandes des Vereins konnte das hierzu erforderliche finale Abstimmungsgespräch am 29.11.2017 durchgeführt werden.

Vor der Hintergrund, dass die Stelle realistisch erst im Frühjahr/Sommer 2018 wieder besetzt werden kann, wurde Einvernehmen darüber erzielt, dass es zur Vermeidung von Leistungseinschränkungen auf dem Abenteuer-Spielplatz erforderlich ist, bis zur Wiederbesetzung der Stelle die Vakanz über Honorarkraftstunden zu kompensieren.

Der Verein hat sich dazu bereit erklärt, die hierfür erforderlichen Schritte einzuleiten. Hierzu benötigt er jedoch die notwendigen finanziellen Ressourcen, um die Personalkosten und damit verbundenen Overheadkosten finanzieren zu können. Da der bestehende Vertrag mit dem Verein keine Kompensation für dauerhaft frei gewordene Stellen vorsieht (s. auch Ausführungen auf Seite 3 der Drucksachen Nr. 17/0381 und dem dort beigefügten Auszug auf dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes; Band II Seite 148 bis Seite 151), bedarf es hierzu einer zusätzlichen vertraglichen Regelung.

Im Abstimmungsgespräch am 29.11.2017 wurden hierzu folgende Eckpunkte genannt:

1. Der Verein erhält zur Überbrückung der Vakanz im Voraus quartalsweise einen Abschlag begrenzt bis zur Höhe der im Haushalt bereitgestellten Personalkosten für die Stelle 3.05.20.12 entsprechend der Entgeltgruppe SuE 8 b TVöD, um damit die Honorarstunden einschließlich der Overheadkosten finanzieren zu können.
2. Als Overheadkosten werden entsprechend der Richtlinien der KGSt. 25 % der Personalkosten anerkannt.
3. Der Verein legt nach Ablauf des jeweiligen Quartals zur „Spitzabrechnung“ die tatsächlichen entstandenen Personalkosten für die Honorarkraftstunden vor und verpflichtet sich, zu viel erhaltene Haushaltsmittel zu erstatten. Darüber hinausgehende Kosten können von der Stadt nicht getragen werden.
4. Sofern die Leitung der Einrichtung oder eine andere Fachkraft vor Ort ist, kann bei der zur Öffnung erforderlichen Zweitkraft auf eine abgeschlossene Fachausbildung verzichtet werden (nur für die Zeit der Übergangssituation).
5. Sollte keine Fachkraft vor Ort sein, kann die Einrichtung nicht geöffnet werden.

Die Verwaltung bereitet unverzüglich eine entsprechende Zusatzvereinbarung vor, die dem Verein zur Unterschrift vorgelegt wird. Angesichts der Zeitschiene zwischen dem Abstimmungsgespräch am 29.11.2017 und der sich daran anschließenden Beteiligung der Fachdienststellen der Stadtverwaltung sowie des Vorstandes des Vereins liegt die abschließend

unterzeichnete Zusatzvereinbarung zum Zeitpunkt der Beschlussfassung des Rates am 06.12.2017 noch nicht vor.

Ein Zuwarten bis zur nächsten Sitzung des Rates am 14.03.2018 würde jedoch dazu führen, dass dem Verein bis dahin keine finanziellen Mittel für eine Honorarkraft zur Verfügung gestellt werden können und somit Leistungseinschränkungen auf dem Abenteuer-Spielplatz entstehen.

Daher empfiehlt die Verwaltung dem Rat vorbehaltlich der abzuschließenden Vereinbarung mit dem Verein, den außerplanmäßigen Aufwand bis zur Höhe von 24.060 € bereitzustellen. Dies entspricht den im Haushalt 2018 etatisierten Personalkosten der Stelle 3.05.20.12 entsprechend der Entgeltgruppe SuE 8 b TVöD für einen Mitarbeiter (N.N.) für ein halbes Jahr.

Die Verwaltung geht davon aus, dass die Stelle spätestens zum 01.07.2018 besetzt sein kann.

In Vertretung

Ali Doğan
Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf max. 24.060 €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan 06-02-02 zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

- Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.
 Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.